

Aktivere Stadtplanung verlangt

Wachstum durch Zuzug: Bremen muss Quartiere ressortübergreifend planen, fordern Fachleute aus verschiedenen Bereichen

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Bremen wächst durch Flüchtlinge und Zuzug aus anderen EU-Staaten. Gerade haben Experten des Landesamtes für Statistik prognostiziert, dass Bremens Bevölkerung bis zum Jahr 2035 um rund fünf Prozent wachsen wird. Wie will Bremen dieses Wachstum gestalten? Noch machen die Statistiker keine Aussagen dazu, welche Stadtteile besonders stark wachsen könnten. Doch Zahlen des Einwohnermeldeamtes zeigen schon jetzt deutlich: Besonders viele neue Zuwanderer und Flüchtlinge leben in Randgebieten. Und sie leben nicht vor allem in den reicheren Randgebieten Borgfeld und Oberneuland, sondern in den ärmeren, in Blumenthal und Vegesack, in Gröpelingen, Walle und Huchting.

Schnell neue Schulen und Kitas in wachsenden Stadtteilen zu bauen, sei nicht das Einzige, was wichtig ist, sagt Pierre Hansen, Vorstand im Zentralelternbeirat (ZEB). „Bremen braucht ein städtebauliches Konzept, um zu steuern, wo all diese zusätzlichen Menschen wohnen sollen“, fordert er. Gefragt seien dabei nicht nur das Bildungs- oder das Bauressort, sondern der gesamte Senat und der Bürgermeister. Bisher habe Bremen den Wohnungsbau weitgehend dem Markt überlassen. Das führe dazu, dass

Flüchtlinge vor allem in günstige Wohnungen in Randlagen zögen. Huchting, Gröpelingen und Bremen-Nord wachsen – dabei sei es eher sinnvoll, in diesen Gebieten große Wohnblöcke zurückzubauen, anstatt zuzusehen, wie diese sich neu mit Zuwanderern füllten, so Hansen.

Wachstum durch Zuwanderung? „Das ist auch eine Riesen-Chance“, sagt Alexander Künzel, Chef der Bremer Heimstiftung. Die Heimstiftung plant derzeit auf einem großen Gebiet beim Ellener Hof in Osterholz 500 Wohnungen. Dort sollen alte und junge Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Einheimische und Flüchtlinge wohnen. Bremen brauche noch stärker als bisher vorausschauende, ressortübergreifende Quartierskonzepte, sagt Künzel. „Die Entwicklung neuer Wohnquartiere darf nicht nur durch Investoren bestimmt werden, es muss immer einen Masterplan der Stadt geben.“ Dabei dürfe die Verantwortung für die Gestaltung neuer Wohngebiete nicht allein beim Bauressort liegen: „Sozial-, Kultur- und Bildungsressort müssen von Anfang an beteiligt sein.“

Natürlich müsse Bremen verantwortungsvoll mit seinem knappen Geld umgehen, so Künzel. Doch es gebe kluge Lösungen für gemischte Quartiere, die wirtschaftlich seien. Ein Beispiel: Neben dem Stiftungsdorf

der Heimstiftung in Borgfeld habe eine Mensa für eine Grundschule gefehlt. Statt dort eine eigene Mensa zu bauen, würden nun Senioren, Restaurantbesucher aus dem Stadtteil und rund 150 Grundschüler ein Restaurant gemeinsam nutzen und dort zu Mittag essen. Wohngebiete in Kattenturm, der Neuen Vahr und Blumenthal seien in der Vergangenheit einseitig gestaltet worden, sagt Künzel: „Nun hat Bremen die einmalige Chance, es besser zu machen.“ Wichtig sei dafür, die Bedürfnisse verschiedener Gruppen von Anfang an zusammen zu denken und Angebote für alte und junge Leute zu verknüpfen.

„Bremen darf die Stadtplanung nicht den



Pierre Hansen

FOTO: SUNDMACHER



Alexander Künzel

FOTO: KUHAUPT

Privaten überlassen“, fordert auch Daniel Schnier von der Zwischenzeitzentrale. Er setzt sich mit seinem Team dafür ein, leer stehende Gebäude mit neuem Leben zu füllen. Um die Stadtentwicklung aktiv zu gestalten, fehlten Stadtplaner in Bremen, kritisiert Schnier: „Wir erleben seit Jahren, dass Stellen für Stadtplaner bei der Baubehörde nicht neu besetzt werden – zum Teil werden halbe Stellen ausgeschrieben, die befristet sind – aber so eine Stelle ist nicht attraktiv genug, um gute Leute nach Bremen zu holen.“ Im Vergleich zu vor zehn Jahren gebe es deutlich weniger Stadtplaner: „Früher hatte man für diesen Bereich eine ganze Fachabteilung.“ Nun gebe Bremen vieles an private Investoren ab und erteile auch für Studien zur Stadtentwicklung mehr Aufträge an Externe.

Im Rahmen eines Programms, bei dem sich zehn europäische Städte austauschen, habe er einiges gelernt, erzählt Daniel Schnier: „Andere Städte wie zum Beispiel Gent in Belgien oder das finnische Helsinki haben richtige Strategieabteilungen.“ In diesen Abteilungen befassten sich nicht nur Stadtplaner, sondern auch Mitarbeiter anderer Behörden und externe Ideengeber gemeinsam damit, wie sich eine Stadt weiterentwickeln kann.

Leitartikel Seite 1